

- 2 -

4. Sitzung vom 14. Januar 1947.

Vorsitz: Bundespräsident Etter.

Abwesend: Bundesrat Nobs (Ferien)

Schriftführer: Bundeskanzler Leimgruber und Vizekanzler Weber.

Schluss: 11 Uhr 20.

1. Geschäfte mit schriftlichen Anträgen.

Bundeskanzlei: Das Verzeichnis der Motionen und Postulate kommt auf den Kanzleitisch.

Botschaft betr. Volksabstimmung über das Recht auf Arbeit. Ergebnis.

Neues schweiz. Rechtsbuch, teilweise Anpassung älterer Erlasse.

Politisches: Vertretung der Schweiz im Exekutivkomitee des int. Komitees für Flüchtlinge.

Budget für 1947 des internat. Bureaus für geistiges Eigentum.

Ankauf eines Gebäudes für den schweiz. Vertreter in Kopenhagen.

Justiz - Polizei: Strafverfolgung g. Egli Paul, Verweigerung.

Militär: Begnadigungsgesuche Ferraresi, Kenk, Neidhart, Iten und Züger.

Finanz - Zoll: Expertenkommissionen für den Zolllarif und die Einfuhrbeschränkungen.

Kleine Anfrage Dellberg vom 2. Dezember 1946.

Volkswirtschaft: Wirtschaftsverhandlungen mit Dänemark.

Buttereinlagerungsaktion 1946/47 (Mündl. Erläuterungen v. Hrn. Stampfli).

Aufhebung des BRB v. 10.10.41 über Beitragsleistung des Bundes an Notstandsarbeiten.

Militär: Vor Behandlung der Geschäfte des Militärdepartementes folgt der Dank des neuen an den abtretenden Bundespräsidenten.

Bundespräsident: Der abtretende Bundespräsident hatte ein schweres Präsidialjahr, schwer deshalb, weil es in Uebergangszeit fiel, in die Zeit der Liquidation des Aktivdienstes. Deswegen Kobelt Gegenstand geworden von unschönen, unkorrekten und harten Angriffen, die er tapfer und ruhig getragen hat mit der Festigkeit und dem Mut des Soldaten. Wir helfen ihm mittragen. Hoffe, dass Periode der Liquidation bald selber liquidiert sein werde. Bericht des Bundesrates zum Bericht des Generals wird hoffentlich die nötige Ruhe bringen, damit Chef EMD an die grossen Aufgaben, die seiner harren, herantreten kann. Wir werden wieder an seiner Seite stehen. Er möge sich in nächster Zeit



eine Erholungspause gönnen. Dieser Rat geht übrigens an alle Mitglieder des Bundesrates.

Kleine Anfrage Meier Eglisau vom 12.12.46.

Bundespräsident: Man sollte den Satz streichen wo von Orientierungsmärschen die Rede ist. Es gab im Aktivdienst 1914-18 Kommandanten, die sogar den Besuch des Feldgottesdienstes mit Orientierungsmärschen verbanden.

Beschluss: Der fragliche Satz wird gestrichen, das „aber“ fällt weg. Es soll heissen: "Der Truppe soll auch wie bisher Gelegenheit zum Besuche des Feldgottesdienstes geboten werden".

Bericht des Generals.

Seite 27 des bundesrätlichen Berichtes. Herr v. Steiger verwahrt sich dagegen, dass im Generalsbericht etwas von einer Welle der Panik stehe, die durch das Land gegangen sei. In Bern sei alles ruhig gewesen. Deshalb soll man statt "Beängstigung" sagen "Erregung".

Herr Stampfli: Bis wann wird die Drucklegung erfolgen und die Zustellung an die Kommissionen?

Herr Kobelt: Ich erwarte anfangs nächster Woche. Uebersetzung sollte bis Ende dieser Woche fertig sein. Spätestens Mitte der nächsten Woche wird der Bericht ausgegeben werden können.

Herr v. Steiger: Den Bericht des Generals haben die Bundesräte eine Stunde später erhalten als er im Bund erschienen ist. Das sollte nicht mehr vorkommen. Nachdem der General es sich geleistet hat, seine Exemplare so schön einzubinden, sollte auch der Bundesrat wenigstens seinen Mitgliedern ein fest eingebundenes Exemplar überreichen.

: Auf Seite 77 "die militärpolitische Lage" sollte folgender Satz eingeschaltet werden: "Wenn wir auch die feste Hoffnung hegen, dass neue Kriege nach den Anstrengungen der Vereinigten Nationen vermieden werden können, so haben wir doch die Pflicht, vom militärischen Standpunkte aus die Eventualitäten ins Auge zu fassen, von denen unser Land bedroht werden könnte."

Herr Kobelt: Auf Wunsch von Herrn Pilet-Golaz beantrage ich, auf Seite 19, Alinea 2 zu streichen.

Im Satze: "Es darf festgestellt werden, dass das Verhältnis ein gutes und von Vertrauen getragenes wäre" soll "von Vertrauen getragenes" gestrichen werden.

Herr v. Steiger: Auf Seite 22, unterstes Alinea, statt "das nötige Verständnis gefunden hat" schreiben "Verständnis gefunden hat".

S. 80 im 2. Alinea, sollen die letzten zwei Sätze heissen: "Damit ist von vornherein jede erspriessliche Ausbildung ausgeschlossen. Aus diesem Grunde ist die weitgehende Mischung der Einheiten aus Angehörigen mehrerer Heeresklassen möglichst zu beheben.

S. 90, vorletzter Absatz, sind im Satze "die Kavallerie muss von der Motortruppe abgelöst und in reduziertem Umfange den Divisionen zur Aufklärung zugestellt werden" die Worte "zur Aufklärung" zu streichen.

Beschluss: Der Bericht zum Generalsbericht wird mit diesen Aenderungen genehmigt. Herr Bundesrat Kobelt wird mit der Orientierung der Presse beauftragt.

2. Politische Angelegenheiten.

Ersatz von Birnes durch General Marshall.

Herr Petitpierre: Nach einem Telegramm von Minister Rüeegger aus sicherer Quelle wird dieser Wechsel eine deutliche Aenderung der U.S.A.-Politik mit sich bringen. U.S.A. werde sich immer mehr von Europa-Politik abwenden.

Finanzieller Kredit für Oesterreich.

Herr Petitpierre: Für den Wiederaufbau Oesterreichs sollen diesem Lande 160 - 180 Mio Dollars zur Verfügung gestellt werden. Die Schweiz wird angefragt werden, ob und in welchem Umfange sie bereit sei, sich an dieser Aktion zu beteiligen.

Internationale Luftfahrt. Erste Zusammenkunft in der Schweiz.

Herr Petitpierre: Diese Organisation hat beschlossen, dass die Länder, die die Luftfahrtskonferenz durchführen, die Kosten zu tragen haben. Wie wir uns bereit erklärten, die Konferenz in der Schweiz zu erklären, wussten wir noch nichts von einem solchen Beschluss. Belgien ist auch angefragt worden, ob es die Konferenz durchführen wolle. Es hat das abgelehnt wegen den Kosten. Auch wir haben keinen Anlass, 200'000 Fr. zu zahlen für eine Organisation, die ihren Sitz in der Schweiz hat. Zudem ist unser Einfluss klein. Wir sollten schreiben, dass wir die hohen Kosten nicht tragen können und dass wir deshalb unsere Einladung nicht aufrechterhalten können.

Herr Celio: Es handelt sich um die erste Zusammenkunft nach der Konferenz von Chicago, an der 600 Personen teilnehmen werden. Man sollte abklären, ob das Lokal des Völkerbundes gratis zur Verfügung gestellt wird, das würde die Kosten ermässigen.

Sicher wird die Konferenz viel kosten. Wir zahlen schon für die blosse Mitgliedschaft 250'000 Fr. Verlangt wird von uns nur, dass wir die Organisationskosten bezahlen. Man muss das doch überlegen, ob die Schweiz wegen der Kosten auf ihre internationale Rolle verzichten will.

Herr Steiger: Man sollte noch die Stadt und den Kanton Genf anfragen wegen ihrer allfälligen Beteiligung an der Kostentragung. Wir haben bezüglich des Flugverkehrs ein Interesse daran, nicht liegengelassen zu werden. Solange wir nicht von Genf ein glattes "nein" erhalten, sollten wir nicht absagen.

Herr Stampfli: Einverstanden mit dem Vorschlag v. Steiger. Im übrigen eher eine gewisse Zurückhaltung bewahren gegenüber den internationalen Konferenzen. Es ist kein Zufall, dass man der Schweiz gerne überlässt; die Kosten für solche Kongresse zu übernehmen, denn die kosten Geld. Man weiss auch, dass man in der Schweiz gut gepflegt wird. Nachher gehen die Kongressteilnehmer in ihre Heimat zurück, schildern das Land des Ueberflusses und wir haben das wieder zu büssen durch schlechtere Zuteilungen. In unserer Bevölkerung ist man deshalb darüber nicht entzückt.

Man nimmt im Auslande an, dass man die Schweiz schon etwas ausplündern könne. Ueberall werden unsere Beiträge für internationale Organisationen festgesetzt. Wir sollen für die FAO nicht weniger als 580'000 Fr. bezahlen.

Wenn mit Bezug auf die Luftfahrtkonferenz Genf nicht bereit ist, einen erheblichen Beitrag zu leisten, dann sollte der Bund die Uebernahme der Konferenz ablehnen.

Bundespräsident: Die Meinung würde also dahingehen, mit Stadt und Kanton Genf Verbindung aufzunehmen.

Herr Petitpierre: Genf hat kein grosses Interesse an dieser Konferenz. Es braucht 300 qualifizierte Personen, die spanisch und englisch können und die wir zur Verfügung stellen sollten. Wenn wir zahlen, ist die Schweiz gut genug, um solche Konferenzen durchzuführen. Wir müssen ein Gleichgewicht finden zwischen unseren internationalen Verpflichtungen und unserer finanziellen Lage. Die Kosten werden 200 - 250'000 Fr. betragen.

Herr Celio: In diesem Falle sollten wir feststellen, dass wir das genannte Personal nicht aufbringen. Wir sollten aber vermeiden zu sagen, dass wir aus finanziellen Gründen die Konferenz nicht übernehmen können, da die Schweiz bisher in allen Transportfragen führend war. Wenn die organisatorischen Schwierigkeiten gelöst werden können, bin ich doch dafür, dass wir die Konferenz durchführen.

Herr Petitpierre: Mit Bezug auf die Lokale und das Personal hat man uns gesagt, dass man uns alles zur Verfügung stelle, aber dass wir die Lokale und das Personal zu zahlen haben. Wir würden damit ein Präjudiz schaffen. Obwohl ich mit der Auffassung von Herrn Celio soweit einig gehe, dass wir ein Interesse daran haben, in Transportfragen die Führung zu behalten, glaube ich, dass wir gut aufpassen sollten, bevor wir uns entschliessen.

Herr Kobelt: Mit Rücksicht auf die Finanzlage des Bundes würde ich sagen, wir geben einen Beitrag von Fr. 100'000. Man soll aber auch mit Genf reden.

Herr Petitpierre: Wenn der Bundesrat mit dem Antrag Kobelt einverstanden ist, werde ich die weiteren Fragen abklären.

Herr v. Steiger: Wir könnten schreiben, dass wir bereit sind, den Kongress zu übernehmen und mit Genf zusammen Fr. 250'000 zur Verfügung zu stellen. Dann haben wir den guten Willen gezeigt und um das geht es schliesslich. Am Freitag sollten wir nochmals auf die Angelegenheit zurückkommen.

Herr Petitpierre: Ich werde das Nötige vorkehren. Wir müssen den Amerikanern bald antworten.

Diplomatische Beziehungen mit Spanien.

Herr Petitpierre: Die Versammlung der UNO hat im Dezember des letzten Jahres beschlossen, ihren Mitgliedern zu empfehlen, ihre Missionschefs zurückzurufen. Dieser Beschluss wurde mit 26 gegen 6 Stimmen gefasst. 13 Staaten haben sich der Stimme enthalten. Die meisten Staaten haben ihre Gesandten zurückgerufen. Es blieben nur noch Vatikan, Portugal, Salvador, St. Domenica und Argentinien. Es stellt sich für uns die Frage, ob wir unsern Minister ebenfalls zurückrufen sollen, eventuell nur zurückrufen sollen zur Information. Nach meiner Auffassung kommt beides nicht in Frage aus folgenden Gründen:

1. Wegen unserer Neutralitätspolitik.
2. Wegen der Konsequenzen volkswirtschaftlicher Natur.

Die Empfehlung der Versammlung der UNO steht im Widerspruch mit den Erklärungen der Charta von San Francisco.

Wir müssen eine strikte Haltung einnehmen, denn wenn wir heute gegenüber Spanien diesen Empfehlungen folgen, wird man sich immer wieder in unsere Angelegenheiten mischen. Wir sind nicht Mitglied der Vereinten Nationen. Es handelt sich um einen demagogischen Beschluss, dem England und Amerika entgegen ihrer wirklichen Ueberzeugung zugestimmt haben. Man hat hier ein wenig der Politik der Strasse nachgegeben. Diese Politik stärkt nur das Regime Francos.

Wenn wir den Gesandten nur zur Information zurückrufen, wird uns das falsch ausgelegt. Die Schweiz ist das 14. Land, das das Regime Francos anerkannt hat. Es ist das erste Land, das nicht zur Achse gehört, aber die andern Staaten sind bald nachgekommen.

Die Linke wird es sicher kritisieren, wenn wir nichts machen. Ich glaube aber, dass die Kritik noch grösser würde, wenn wir den Minister zurückrufen würden. Ich bin ein Gegner von Halbmassnahmen.

In New York hat man uns den Rat gegeben, unsern Gesandten wegen Krankheit zurückzurufen. Demgegenüber würde ich denn schon vorziehen, den Mut aufzubringen, den Gesandten ohne eine solche fadenscheinige Entschuldigung zurückzurufen.

Deshalb bin ich der Meinung, dass man nichts machen soll. Ich kann den Antrag noch schriftlich einreichen.

Bundespräsident: Die Meinungen in dieser Frage sind in unserm Lande geteilt. Wir sollten deshalb heute noch keinen Beschluss fassen, weil heute Herr Nobs abwesend ist. Ich gehe mit den Ausführungen von Herrn Petitpierre vollständig einig und würde es begrüßen, wenn wir sie schriftlich erhalten würden.

1. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Russland kann hier nicht in Parallele gesetzt werden. Die Beziehungen würden nicht abgebrochen wegen verschiedener Auffassungen der Regime, sondern weil Russland sich in schweizerische Verhältnisse eingemischt hat.

2. Ich glaube, dass die englische und die amerikanische Regierung nicht unglücklich sind, wenn die Schweiz nicht mitmacht. Der ganze Beschluss der Generalversammlung der UNO war ein Kompromiss aus Gründen, die mit Spanien sehr wenig zu tun haben.

3. Was die Anerkennung Francos im Jahre 1939 anbetrifft, so ging damals vor dem Chef des Politischen Departementes ein wahrer Sturm los. Herr Motta hatte die Angriffe ohne weiteres zurückweisen können mit der Erklärung, dass die Engländer interveniert hätten, die Schweiz möchte doch vorausgehen, damit sie auch mit der Anerkennung durchkomme. Zuerst wollte Herr Motta das nicht und er hat sich auf den Standpunkt gestellt, die Engländer und die Amerikaner sollten vorausgehen. Der englische Minister hat dann aber Herrn Motta dringend gebeten, die Anerkennung auszusprechen. Die Engländer und die Vereinigten Staaten würden dann bald nachkommen. Wir dürfen jedenfalls auch heute noch nichts von diesen internationalen Gesprächen erwähnen.

Ich habe einen Schweizer getroffen aus Barcelona und ihn gefragt, wie es in Spanien gehe. Die Antwort lautete, wirtschaftlich gehe es nicht gut, politisch sei das spanische Volk noch nie so geschlossen gewesen wie heute.

Es wird beschlossen, den Bericht des Politischen Departementes abzuwarten.

Herr Stampfli: Mit Bezug auf die Vernehmlassung der Handelsabteilung möchte ich noch eine Bemerkung machen. Es heisst dort, wenn wir aus politischen Gründen unsern Minister zurückrufen müssten, so wäre das wirtschaftlich ohne Nachteile für unser Land. Dazu möchte ich ein Fragezeichen machen. Ich habe Herrn Minister Hotz kommen lassen und ihn gefragt, ob er sich das nach allen Richtungen überlegt habe, ich sei nicht seiner Auffassung. Er hat dann gesagt, er habe die kurze Vernehmlassung unterschrieben, ohne die Frage eingehend zu prüfen. Wir müssen in kurzer Zeit mit Spanien zu einem Abkommen kommen.

Auch das Volkswirtschaftsdepartement wird in einer späteren Sitzung einen Bericht unterbreiten.

Präsidium des internationalen Komitees vom Roten Kreuz.

Herr Petitpierre: Die Frage der Präsidentschaft ist offen. Man könnte die Präsidenten beanspruchen für Herrn Burkhardt, wenn er ablehnt. In Paris bleibt dann Herr Rüeiger in Frage. Ich möchte wissen, ob der Bundesrat mich autorisiert, gewisse Sondierungen in dieser Angelegenheit zu unter-

- 7 -

nehmen? Unsere Neutralität würde dieser wahrscheinlich die beste Empfehlung für einen Kandidaten unseres Landes sein. Der neue Präsident wird viel mit den Oststaaten zu tun haben. Dort ist allerdings Minister Rüeegger nicht persona grata.

Bundespräsident: Der Chef des Politischen Departements sollte sich mit Herrn Burkhardt über diese Frage aussprechen. Es wäre abzuklären, ob er bereit wäre, das Präsidium zu führen. Im Komitee selbst sind einige Schwierigkeiten aufgetreten. Wenn Burkhardt nicht in Frage käme, wüsste auch keinen bessern als Herrn Rüeegger, den ich allerdings nicht gerne aus dem diplomatischen Dienste verlieren möchte. Es war immer seine Hoffnung nach Rom zurückzukehren. Herr de Weck ist in Rom gar nicht am Platze. Er hat den Kontakt nicht gefunden, weder mit den Italienern, noch mit der Schweizerkolonie.

Herr Petitpierre: Ich habe die Frage bereits mit Herrn und Frau Burkhardt besprochen. Sein Wunsch, im Komitee vom Roten Kreuz mitzumachen, ist nicht mehr so gross wie früher. Er wird aber das machen, was der Bundesrat von ihm wünscht. Er wird auf keinen Fall von Frau Burkhardt in dieser Frage unterstützt.

Was Herrn Rüeegger anbelangt, so kenne ich seine Wünsche. Ich habe mit ihm gesprochen, er glaubt aber, dass er seit Einführung der Republik nicht mehr so gut nach Rom passe.

Bundespräsident: Wir geben Herrn Petitpierre Vollmacht, mit diesen beiden Persönlichkeiten zu unterhandeln.

3. Umfrage.

Briefentwurf an den Regierungsrat des Kantons Graubünden.

Herr Celio: Soll man direkt an die Gemeinde gelangen? Das scheint mir nicht richtig, weil sich dann der Regierungsrat beleidigt fühlen könnte. Darum soll der Brief an den Kleinen Rat gerichtet werden.

Den weiteren Vorschlag, dass man schon im Briefe eine Einladung an die Gemeinde, nach Bern zu kommen, ergehen lässt, trägt man dadurch Rechnung, dass man sagt, dass der Bundesrat mit den Gemeinden Kontakt nehmen wolle.

Herr v. Steiger: Man muss dann in diesem Briefe das "Sie" überall ergänzen durch die alte Form "Euch".

Herr Stampfli: Die Regel ist, dass der Verkehr des Bundesrates mit den Gemeinden über die Kantonsregierung geht. Deshalb wird es richtig sein, dass wir uns nicht gleichzeitig an die Rheinwaldgemeinden wenden. Einen solchen Schritt könnte man höchstens damit begründen, dass die Gemeinden nach bündnerischem Rechte Verleihungsbehörden sind.

In der letzten Linie sollten wir sagen: "Wir gelangen mit der Bitte an den Kleinen Rat des Kantons Graubünden, mit den Rheinwaldgemeinden in der genannten Angelegenheit eine Besprechung zu vermitteln." Ich würde nicht etwa sagen, dass wir nach dem Rheinwald gehen wollen. Ich würde sagen "mit den Gemeinden von Rheinwald direkt in Verbindung zu treten".

Herr v. Steiger: Es handelt sich nur um Nuancen. Wir müssen aber von Anfang an darauf ausgehen, den Gemeinden die Ehre anzutun. Deshalb schreiben, dass wir die bündner Regierung um Vermittlung ersuchen.

Beschluss: Den Abänderungswünschen wird Rechnung getragen.

Gouverneur von Triest, General Guisan.

Herr Celio: Ich möchte wissen, ob das Gerücht über General Guisan als Gouverneur von Triest nur ein Geschwätz ist, oder ob etwas dahinter steckt.

Herr Petitpierre: Es ist ein Geschwätz, aber nicht nur ein schweizerisches. Ich war gezwungen, ein Dementi zu publizieren. Ich hatte ein Telefongespräch, wo Reuter behauptete, ich hätte zu seinem Vertreter gesagt, der Bundesrat habe noch keine Anfrage erhalten, aber Guisan sei zu alt. Ich habe das zu niemandem gesagt. Die Journalisten haben mich gefragt, ob man dem Bundesrat eine Anfrage gestellt habe. Herr Böschenstein hat eine Information Herrn Alen gegeben. Wir stehen hier einem Journalisten gegenüber, bei dem wir aufpassen müssen.

Jahresbericht der schweizerischen Gesandtschaft in der Tschechoslowakei.

Herr v. Steiger: Dieser Bericht kann jetzt der Bundeskanzlei zurückgegeben werden. Herr Bundeskanzler Leimgruber nimmt den Bericht in Empfang.

5. Umfrage

Briefentwurf an den Regierungsrat des Kantons Graubünden

Herr Celio: Soll man direkt an die Gemeinde gelangen? Das scheint mir nicht richtig, weil sich dann der Regierungsrat beleidigt fühlen könnte. Darum soll der Brief an den Kleinen Rat gerichtet werden.

Den weiteren Vorschlag, dass man schon im Briefe eine Einladung an die Gemeinde, nach Bern zu kommen, ergehen lässt, trägt man dadurch Rechnung, dass man sagt, dass der Bundesrat mit den Gemeinden Kontakt nehmen wolle.

Herr v. Steiger: Man muss dann in diesem Briefe das "Sie" überall ergänzen durch die alte Form "Euch".

Herr Stämpfli: Die Regel ist, dass der Verkehr des Bundesrates mit den Gemeinden über die Kantonsregierung geht. Deshalb wird es richtig sein, dass wir was nicht gleichseitig an die Rheinwaldgemeinden wenden. Einen solchen Schritt könnte man höchstens damit begründen, dass die Gemeinden nach bündnerischem Rechte Verlehnungsbehörden sind.

In der letzten Linie sollten wir sagen: "Wir gelangen mit der Bitte an den Kleinen Rat des Kantons Graubünden, mit den Rheinwaldgemeinden in der genannten Angelegenheit eine Besprechung zu vermitteln." Ich würde nicht etwa sagen, dass wir nach dem Rheinwald gehen wollen. Ich würde sagen "mit den Gemeinden von Rheinwald direkt in Verbindung zu treten".